

Pressespiegel vom 24. bis 26.09.2011

Sächsische Zeitung

Rechte wollen am 13. Februar durch die Innenstadt ziehen

Für den 13. Februar liegen der Versammlungsbehörde in der Stadtverwaltung bereits sechs Anträge auf Veranstaltungen in der Zeit zwischen 10 und 24 Uhr vor. Darunter einer für eine Menschenkette am 13. Februar und einer für die traditionelle Gedenkveranstaltung auf dem Heidefriedhof, bestätigt Rathaussprecherin Anke Hoffmann auf SZ-Anfrage.

Zwei Anmeldungen kommen aus dem rechtsextremen Spektrum. Nachdem das Verfassungsgericht das sächsische Gesetz zu einem Sperrgürtel nicht bestätigt hat, wollen die Neonazis seit Jahren erstmals wieder durch die Dresdner Altstadt ziehen. Für den 18. Februar liegen zwei Anmeldungen vor, eine davon aus dem rechten Spektrum.

Bei einigen Veranstaltungen gibt es seit fast zehn Jahren Daueranmeldungen. In der Regel würden diese später konkretisiert. Nach dem Versammlungsrecht muss die Stadt die Veranstaltungen nicht genehmigen. Sie kann aber Auflagen erteilen und sie im Notfall verbieten. Erfahrungsgemäß finden erste Gespräche mit den Antragstellern zum Jahresende statt. (SZ/kle)

Dresdner Neueste Nachrichten

Bundesrat beschließt härtere Strafen für Widerstand gegen Polizisten

dpa

Berlin/Dresden. Die Höchststrafe für Widerstand gegen Polizisten steigt von zwei auf drei Jahre Haft. Der Bundesrat stimmte dem Gesetz am Freitag zu. Betroffen sind zum Beispiel Randalierer, die sich nach ihrer Festnahme wieder losreißen. Unverändert bleibt die Obergrenze von fünf Jahren Gefängnis bei besonders schweren Fällen. Die Initiative in der Länderkammer war von Sachsen ausgegangen.

Strafverschärfend wirkt sich nicht mehr nur das Tragen einer Waffe aus, sondern in Zukunft auch das Mitführen von gefährlichen Gegenständen wie Eisenstangen oder Pflastersteinen. Darüber hinaus wird Widerstand gegen Feuerwehrleute und Rettungskräfte künftig genauso bestraft wie bei Polizisten. Der Bundestag hatte das Gesetz bereits beschlossen.

„Mit Sorge beobachte ich die wachsende Gewaltbereitschaft gegen Polizeibeamte“, teilte Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) mit. „Wer Polizisten angreift, greift die Gesellschaft an.“ Der Staat habe die Verpflichtung, seine Beamten zu schützen.

© DNN-Online, 23.09.2011, 21:09 Uhr
<http://www.dnn-online.de/web/dnn/politik/detail?>

[p_p_id=DetailPortlet_WAR_queport&p_p_lifecycle=1&p_p_state=normal&p_p_mode=view&p_p_col_id=column-1&p_p_col_pos=5&p_p_col_count=7&_DetailPortlet_WAR_queport_querystring=Bundesrat-beschliesst-haertere-Strafen-fuer-Widerstand-gegen-Polizisten-3538388717](#)
